

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

52. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 6. August 1914

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt, Verjammerungs-, Vergnügungsanfrage usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 90

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Artikel: In erster Zeit.
Das Buchgewerbe im Ausland: Österreich. — Ungarn. — Bosnien. — Serbien.
Korrespondenzen: Dortmund. — Elm-Neuulm. — Waldkirch. — Jiltau. — Juffenhausen.
Zuschau: Abgelagte Veranlassungen. — Die graphische Weltausstellung bleibt vorläufig gestillt. — Ende der Tarifbewegung im Eisen- und Stahlgewerbe Münchens. — Teilweise Ausschaltung des Reichsvereinsgesetzes in Zeiten des Kriegszustandes. — Gefährlicher Zwangskurs des Papiergeldes. — Beschränkungen des Postverkehrs. — Meidet den Alkohol! — Erntearbeiten und freie Gewerkschaften in Kriegszeiten. — Bericht auf Lohnbewegung wegen Kriegsgefahr. — Jean Jaures†.

□ □ □ In erster Zeit □ □ □

Die große Schicksalsstunde hat für Europa geschlagen: Mars regiert also doch die Stunde! Bereits zur vorigen Nummer hatten wir einen Artikel fertig, in dem die notwendigsten Erfordernisse bei dieser anhebenden Weltkatastrophe besprochen werden sollten. Da indes zum Zeitpunkt des Abschlusses die deutsche Mobilmachung noch nicht erfolgt bzw. noch nicht bekanntgegeben war, so nahmen wir im letzten Moment Abstand von der Veröffentlichung. Nun aber am Abend des 1. August unsere Regierung durch das Verhalten von Rußland gezwungen wurde, den schweren Schritt zu tun, das deutsche Volk zu den Waffen zu rufen, da hat auch der „Korr.“ den bittersten Notwendigkeiten der Situation zu entsprechen.

Als der Deutsch-Französische Krieg ausgebrochen, wandte sich der damalige Vorstand unserer Organisation im „Korr.“ vom 22. Juli 1870 in einer von Richard Härtel verfaßten und gezeichneten Erklärung an die Kollegenschaft. Sie war vor allen Dingen eine Kundgebung für den Frieden, wie diese Stelle es bezeugt:

Wenn wir bisher bestrebt gewesen sind, die Ausbeutung der arbeitenden Klasse zu bekämpfen und uns nach jeder Richtung hin ein menschenwürdiges Dasein zu erringen, so ist es jetzt unsere doppelte Pflicht, dem Glend entgegenzuwirken, das durch einen bevorstehenden Krieg unter dem gesamten Arbeiterstande hereinzubrechen droht.

Unsre Arbeit, unsre Fortschritte können nur im tiefsten Frieden gedeihen. Es fordert daher unsre Selbsterhaltung, daß wir mit allen Mitteln die Leiden des Krieges abzuwenden suchen, damit wir ungeschwächt aus demselben hervorgehen und unsre Friedensarbeit gestrohten Mutes wieder aufnehmen können. Das waren gewiß treffliche Worte, sie können heute noch gelten. Denn wie unsre Organisation von jeher bestrebt war, die Lage der Gehilfen nach aller Möglichkeit auf friedlichem Wege zu verbessern, das ganze Arbeitsverhältnis durch friedliche Verständigung nicht nur menschenwürdig, sondern auch den kulturellen Fortschritten angemessen zu gestalten, so kann bei uns als prinzipiellen Anhänger und Verehrer des großen Friedenswerkes Tarifgemeinschaft ein Völkerring mit seinen direkt entgegengesetzten Wirkungen wahrlich nicht ein Ziel sein, nach dem wir streben. Die Arbeiterschaft ist darüber eines Sinnes, sie hat dies durch Friedensmanifestationen in allen Städten kräftig bekundet. Die Mehrheit des deutschen Volkes hat ja auch den Krieg nicht gewollt, und der Reichsregierung ist lobend anzuerkennen, daß sie in voller Verantwortung für die ungeheure Tragweite ihrer Entschlüsse bis zum letzten Augenblicke Geduld geübt hat gegen das provozierende Auftreten von Rußland, das schließlich noch durch ein Doppelspiel dem Falle den Boden ausgeschlagen hat.

Es waren also, nicht die verbrecherischen Schüsse eines jungen Serben am 28. Juni in Sarajewo, denen das österreichische Thronfolgerpaar zum Opfer fiel, und auch Österreichs gewiß scharfes Ultimatum mit nachfolgender Kriegserklärung vom 28. Juli an Serbien bilden nicht die wirkliche Ursache zu dem entsetzlichen Weltbrande, sondern das Eingreifen von Rußland hat diesen Krieg entfesselt, der schon nach seinem Umfang in der Weltgeschichte nicht seinesgleichen hat.

Nun ist die Sachlage eine andre: Ein Sieg Rußlands über Deutschland wäre nicht nur eine Niederlage unter Verlust von unzähligen Menschenopfern und Zugerührung unermesslicher wirtschaftlicher Werte, sondern jedenfalls auch Niedergang der Kultur, Zurückschrauben der Zivilisation. Das Rieseneis des „Friedenszaren“ hat ja noch zuviel Volksstämme von halbbarbarischem Charakter aufzuweisen, die selbst noch weit hinter dem zurückbleiben, was man „russische Kultur“ nennt. Das Los, mit dem die Gewerkschaften zu rechnen hätten, das Schicksal, das die gesamte deutsche Arbeiterbewegung treffen würde bei einem unglücklichen Ausgange dieses von dem Verbündeten Serbiens heraufbeschworenen Krieges, es wäre schwer auszuenden. Die fortgesetzten Gewalttaten gegen die Arbeiterorganisationen in Rußland besagen alles. Dieser Vernichtung aller kulturellen und organisatorischen Fortschritte, diesem Ende mit Schrecken muß mit aller Kraft gewehrt werden! Darum ist auch die Faltung der Arbeiterschaft in der Stunde der Gefahr für die Volksgesamtheit nicht vom Klassenkampfstandpunkte diktiert, nicht die Interessensunterschiedlichkeit drängt sich vor, sondern auf einen Punkt konzentriert sich das Empfinden und Wollen: unter allen Umständen das Schlimmste abzuwenden und das mühsam Erreichte nach Möglichkeit zu erhalten.

Die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ glaubte zwar ebenso wie der nationale Arbeiterausschub in letzter Stunde noch das Gegenteil behaupten zu müssen, aber diese Hebe ist sowohl durch eine öffentliche Erklärung des sozialdemokratischen Parteivorstandes wie durch den nachfolgenden Appell der Generalkommission gerichtet:

An die Mitglieder der Gewerkschaften!

Alle Bemühungen der organisierten Arbeiterschaft, den Frieden aufrecht zu erhalten, den mörderischen Krieg zu bannen, sind vergeblich gewesen.

Der Krieg mit seinen Verwüstungen des wirtschaftlichen Lebens, mit seinen unermesslichen Opfern an Gut und Blut ist über die Kulturenationen hereingebrochen. Unzählige werden als Opfer auf den Schlachtfeldern bleiben. Schwer wird die Arbeiterklasse diese Last zu tragen haben, Arbeitslosigkeit, Not und Entbehrung wird in nie gekanntem Umfange hereinbrechen.

In dieser ersten Stunde richtet die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands im Auftrage der heute tagenden Konferenz der Vertreter der Vorstände den Appell an die Mitglieder der Gewerkschaften, ihrer Organisation treu zu bleiben, um die dringend notwendige Fortsetzung der Tätigkeit der Gewerkschaften zu sichern.

Die Gewerkschaften werden alle Mittel in den Dienst ihres Aufgabenkreises stellen. Aber dauernd können sie diese Verpflichtungen nur erfüllen, wenn diejenigen, die in Arbeit stehen,

nach wie vor es als ihre Pflicht betrachten, durch die Beitragsleistung es zu ermöglichen, daß die Unterstützung an die Hilfsbedürftigen weitergezahlt werden. Die Gewerkschaften werden bestrebt sein, soweit es in ihren Kräften steht, die bitterste Not der Mitglieder und ihrer Angehörigen zu mildern.

Wir erwarten aber auch in dieser schicksalsschweren Stunde, daß nicht diese wirtschaftliche Schwächung der Arbeiterklasse ausgenützt wird, um die Löhne herabzudrücken und unwürdige Anforderungen an die Arbeiterschaft gestellt werden.

Wir hoffen, daß die Arbeiterschaft zu ihren Organisationen steht und sie über eine Zeit der schwersten Prüfung lebensfähig erhält und die Solidarität der Arbeiterschaft sich in aller Treue bewährt.

Berlin, den 2. August 1914.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Die Generalkommission hat also fogleich mit Vertretern der Verbandsvorstände eine Sitzung abgehalten. Das Produkt dieser gemeinsamen Beratung in einem nicht nur äußerst verantwortungsvollen, sondern auch in einem Momente von weltgeschichtlicher Bedeutung finden unsre Leser in dem vorstehend abgedruckten Aufrufe.

Was sein Inhalt belagt, wird bei jedem Gewerkschaftsmitglied wie bei jedem unserer Verbandskollegen Widerhall finden, hoffentlich auch bei den Unternehmern, an die der vorletzte Absatz gerichtet ist. Von unsrer Prinzipalität darf das wohl ohne weiteres erwartet werden. Das in Österreich gestroffene Abkommen zwischen den beiderseitigen Vorständen (siehe Auslandsrubrik in dieser Nummer) wäre daher zur Nachahmung in Deutschland warnen zu empfehlen. Zu unsrer Freude können wir mitteilen, daß von der örtlichen Prinzipalsleitung in Leipzig bereits zugesichert ist, in ähnlicher Weise zu verfahren. Diesem Beispiele wird sicherlich in ganz Deutschland ebenso verständnisvoll gefolgt werden. Die Arbeitslosigkeit wird trotz der zum Teil gleich im allerweitesten Umfang erfolgenden Einberufungen zum Kriegsdienste tiefe Spuren ziehen, vielleicht ungeahnte Dimensionen annehmen. Da kann durch eine solche Maßnahme schon eine nicht unerhebliche Milderung der Folgen des unausbleiblichen Daniederliegens von Handel und Wandel eintreten. Aus verschiedenen Gegenden und Branchen kommen bereits Nachrichten über Arbeiterentlassungen, sogar ohne Einhaltung der Kündigungsfristen, was aber auch für den Kriegsfall unzulässig ist. Andererseits liegen jedoch Meldungen vor, daß Unternehmer den Einberufenen gegenüber sich finanziell entgegenkommend zeigen; erfreulicherweise sind auch Arbeitgeber unsres Gewerbes darunter vertreten.

Die Solidarität der Arbeiterschaft muß sich jetzt bewähren wie noch niemals, und es muß sich nun zeigen, was die Erziehungsschule der Organisation zu leisten vermag. Enorme Anforderungen werden an die Gewerkschaften gestellt werden. Daß ihnen genügt werden kann, muß Ehrensache eines jeden organisierten Arbeiters sein, der nicht mit hinausziehen muß ins Feld oder zum Militärdienste daheim einberufen wird.

Die Zahl der nun aus unsern Reihen gerissenen Kollegen und Freunde ist erschreckend groß. Waren doch allein in Leipzig nur bis zum Abend des zweiten Mobilmachungstages 570 Abmeldungen zu

verzeichnen! Auch in den Reihen der Verbandsfunktionäre sind klaffende Lücken entstanden. Da sind gar oft die Abschiedsworte recht schwer geworden. Wenn von all den guten Wünschen, die auch von der Organisation aus die Sinausziehenden sämtlich begleiten, mehr in Erfüllung geht als von dem, was man sonst einander zu wünschen pflegt, dann wird den jetzigen harten Stunden manches Bittere genommen sein. Deshalb stimmen auch wir in das herzliche „Auf Wiedersehen!“ ein, das jetzt an den Bahnhöfen alles verbindend und einend so laut hinüber und herüber erscholl. Wir bitten aber die verbleibenden Kollegen, bei den verlassenen Familien nachzuzufahren, ob nicht doch die Abmeldung beim Verband oder bei der Krankenkasse unterblieben ist durch die begreifliche Aufregung und auf Nachhaken zu drängen. Man helfe und tröste nach Kräften!

Die Gewerkschaften haben gegenwärtig noch in anderer Weise gezeigt, daß auf sie zu rechnen ist in der Stunde der Gefahr. Draußen auf den Feldern steht das Getreide in ertragreicher Ernte. Das Reichsamt des Innern hat mit der Generalkommission verhandelt zwecks Zuweisung von Arbeitskräften, und diese hat unter ganz selbstverständlichen Voraussetzungen sich bereit erklärt, für Arbeitsvermittlung nach dem Lande zu sorgen. Wird bei der Regierung nun die Ansicht durchbringen, daß die Gewerkschaften fürwahr eine andre Behandlung verdienen als in der letzten Zeit eines schärferen Kurles?

Die Konsumvereine sind von der Genossenschaftszentrale veranlaßt und entsprechend beraten worden, alles nur Mögliche zu tun, um den Lebensmittelpbedarf in dieser schweren Zeit zu befriedigen, und zwar nicht nur für die Mitglieder, sondern auch für die Allgemeinheit.

Eigenenmüßig, von dem Bestreben geleitet, das Höchste zu leisten unter Ausnutzung aller vorhandenen persönlichen und sachlichen Hilfsmittel, so sollte sich die Wirksamkeit der Konsumvereine bei der Bekämpfung und Linderung der Kriegsfolgen abspielen. Sie dürfen dann von sich sagen, daß sie ihre nationale und soziale Pflicht erfüllt haben —

so spricht die Leitung der Arbeiterkonsumvereine und Genossenschaften in ihrem Appell. Auch das wird in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung ein wertvolles Dokument bleiben.

Der Reichstag dürfte, wenn diese Seiten erscheinen, seine kurze, aber überaus wichtige außerordentliche Tagung beendigt und vornehmlich gegen die von gewissenlosen Elementen begonnene Lebensmittelverfeuerung geeignete Maßnahmen sowie zur Unterstützung der hinterlassenen Familien das wirklich Erforderliche beschlossen haben. Auch die Vertretung des deutschen Volkes hat zu beweisen, daß sie den aus der Not der Zeit geborenen Volksinteressen Rechnung zu fragen vermag.

Möge dieses fürchterliche Ringen, da es nun unabwendbar geworden ist, wenigstens einen schnellen Verlauf und einen Ausgang nehmen, der einen Kulturstaat wie Deutschland den riesengroßen Einsatz trotz aller Opfer noch einigermaßen ertragen läßt. Nicht zuletzt im Interesse der am weitesten vorgeschrittenen deutschen Arbeiterbewegung!

Das Buchgewerbe im Auslande

Österreich. Die vom 31. Juli datierte Nummer des Wiener „Vorwärts“ bringt an ihrer Spitze nachfolgende Bekanntgabe an die Gesamtkollegenchaft Österreichs in bezug auf die Milderung der Folgen der kriegerischen Ereignisse im Arbeitsverhältnisse: „Die in Österreich sich vollziehenden ernsten Ereignisse werfen bereits ihre Schatten voraus. Handel und Gewerbe stöden. Die Arbeitslosigkeit, die die Arbeiterschaft bisher schon schwer bedrückte, droht sich auszubehnen. Die außerordentlichen Verhältnisse erfordern daher außerordentliche Maßnahmen. Es wurde zwischen dem Reichsverband österreichischer Buchdruckermeister und dem Präsidium des Verbandes eine Vereinbarung getroffen, daß infolge etwa eintretenden Arbeitsmangels keine Entlassungen vorgenommen werden, daß also die Personale, sofern sie nicht einberufen wurden, in den Offizinen stehen bleiben, und daß auch keine Kündigungen mit Hinweis auf die zu gewärtigenden außerordentlichen Umstände vorgenommen werden. Sittungen steht es den Prinzipalen frei, Sabbatagsarbeiten einzuführen, deren Anordnung in allgemeinen spätestens am Tage zuvor zu erfolgen hätte. Diese Sabbatagsarbeiten wären mit fünf oder viereinhalb Stunden festzusetzen. Der für diese Sabbatagsarbeiten zu bezahlende Lohn wird aus dem Stundenlohn (Tarif,

deutsche Ausgabe, Seite 64 und folgende) und der Stundenlohn ermittelt. Durch diese Vereinbarung soll das vorhandene Arbeitsquantum eine gleiche Verdienstmöglichkeit schaffen. Wenn die allgemeine Depression sich mildern wird, treten diese außerordentlichen Maßnahmen natürlich sofort außer Kraft.“ Unsere Kollegen in Österreich sind früher von den politischen Verwicklungen betroffen worden als die deutschen; es ist also begreiflich, wenn diese sehr begrüßenswerte Maßnahme dort bereits Einführung gefunden hat. Es steht aber zu hoffen, daß mit der deutschen Prinzipalität sich ebenfalls ohne Umstände ein solches Abereinkommen erzielen lassen wird, das für sich genügend spricht.

Die Zensur wird in Österreich schärfer gehandhabt, als es vorausichtlich in Deutschland der Fall sein wird. Daß auf Arbeiterblätter sich das Augenmerk besonders richtet, läßt sich denken. Zum Beispiel ist die Nummer vom 28. Juli des Organs der Gewerkschaftskommission (Generalkommission) konfisziert worden. In der zweiten Auflage ist dann in einem Artikel über den Münchner Gewerkschaftskongreß, der eine stolze Tagung genannt wird, die beanstandete Stelle durch einen weißen Raum von neun Zeilen hennisch gemacht und mit dem Vermerke „Konfisziert!“ versehen worden.

Ungarn. Auch das Organ der ungarländischen Kollegen vom 31. Juli erwähnt die ernste Zeit und macht Mitteilung, daß der für Mitte August angelegte ungarische Gewerkschaftskongreß unter den jetzigen Umständen nicht stattfinden wird, beipflichtet aber den trotzdem erschienenen Bericht des Gewerkschaftssekretariats an den Kongreß und richtet bei dieser Gelegenheit folgenden Appell an die Kollegenchaft: „Diese Ausfühungen zu einer Zeit, wo infolge des Ausbruches des Krieges zwischen unsrer Monarchie und Serbien unsre geschlossenen Reihen für einen Moment Brechen aufweisen, sollen dazu dienen, unsern Kollegen Mut einzuflößen, damit sie ob der gegenwärtigen Zeit nicht verzweifeln. Das Unvermeidliche muß mit Vertrauen auf die Zukunft in aufrechter Haltung überwunden werden. Vergessen wir daher auch in diesen schweren Zeiten nicht unsrer Organisationen, die wir unter allen Umständen aufrechterhalten müssen, da wir ihrer in dem ewigen Kampf um das tägliche Brot nicht mehr entraten können. Kollegen! Verzaget nicht, der Krieg wird sein Ende finden und wir werden — falls die Entscheidung wie immer aus — abermals, gestützt auf unsre Organisationen, ausschließlich und mit erneuter Kraft der Kulturarbeit uns widmen können.“ Gewiß zeigegemäße und wahre Worte, die auch für die deutschen Kollegen gelten können, nachdem Deutschland ebenfalls mit von dem Weltbrand ergriffen worden ist.

Auf eine Eingabe der Budapestter Organisationsleitung zum Besuche der graphischen Weltausstellung in Leipzig hat der Magistrat 1000 Kr. bewilligt. Die „Typographia“ übt an der unzureichenden Höhe der Subvention Kritik. Im Vergleiche zu den meisten Stadtverwaltungen in Deutschland kann sich die Budapestter Stadtbehörde mit ihrem Beizrage zur Erleichterung des (ja nun wohl unterbleibenden) Besuches von Buchdruckergehilfen in Leipzig jedoch leben lassen.

Bosnien. Einer der Urheber des jetzigen Weltkrieges, der Schriftföher Schabrinowitsch, der das Attentat auf den österreichischen Thronfolger mit einem Bombenwurf einleitete, frag sich — nach Informationen des „Kraoischen Typograph“ — gar nicht mit dem Gedanken, den Buchdruckerberuf auszuüben. Nur hier und da griff er, vom Hunger gezwungen, zum Winkelhaken. Die übrige Zeit verbrachte er auf Reisen „zum Studium der anarchistischen Theorie“, weswegen er vor drei Jahren auch aus der sozialdemokratischen Partei Bosniens ausgeschlossen wurde. Als nach der Abreise Bosniens Kaiser Franz Joseph die amnestierten Provinzen besuchte, wurde Schabrinowitsch in Haft genommen, da er schon damals im Verdachte stand, ein Attentat zu planen.

Zur Situation ist weiter noch zu melden: Wegen unbedachter Äußerungen über das Attentat wurden noch einige Kollegen verhaftet und sehen der Bestrafung durch das Kriegsgericht entgegen. Sechzehn Buchdrucker, serbische Staatsangehörige, darunter ein Hausbesitzer und Familienvater, wurden für immer aus Bosnien ausgewiesen und per Schub über die Grenze gebracht. Einige serbische Zeitungsdruckereien in Sarajewo wurden vollständig demoliert und die Blätter dadurch am Weitererschienen verhindert. So hat die verabschuldungswürdige Tat eines wahnwitzigen Menschen eine ganze Anzahl von Kollegen ins größte Elend gestürzt, abgesehen von den ungeheuerlichen Konsequenzen, die diese Tat durch die Entsetzung des Weltbrandes für das ganze zivilisierte Europa noch haben wird.

Serbien. In den letzten Nummern des Belgrader Vereinsorgans („Typographischer Anzeiger“) wird Bericht erstattet über die stattgehabte Generalversammlung des Vereins. Von den verhandelten Tagesordnungspunkten interessiert am lebhaftesten der Bericht und die Kritik der Verhältnisse im serbischen Buchdruckgewerbe, wie sie sich nach den zwei Kriegen herausgebildet haben. Nach den Kriegen erzielten das Buchdruckgewerbe vielen Kapitalisten als ein vielversprechendes Feld zur Anlage ihrer Kapitalien. Die Folge davon war ein ganz ungeheures Emporschieben kleiner und größerer Druckereibetriebe in Serbien wie auch in den durch den Krieg neugewonnenen Gebieten. Ob ein Bedürfnis dazu vorlag, darum kümmernte man sich wenig oder gar nicht. Man stellte mangelhafte oder gar keine Prosperitätsberechnungen an, und das Ergebnis dieser Gründurert war so, wie es kommen mußte: manche von diesen Neugründungen verschwanden nach kurzer Lebensdauer von der Wirklichkeit, die andern versuchten sich mit allen Mitteln zu halten, d. h. die Schmutzkonkurrenz gelangte zur höchsten Blüte. Waren die Konkurrenzverhältnisse im serbischen Buchdruckgewerbe schon jeher als schlecht zu bezeichnen, so nahm jetzt der Kampf zwischen

den neuen und den alten Betrieben noch schärfere Formen an. Auf wessen Kosten dieser Konkurrenzkampf in erster Linie ging, ist unklar zu erraten: auf die der Arbeitnehmer. Man versuchte, ihnen einen Tarif aufzuzwingen, der alles andre eher darstellte als einen Ausgleich zwischen Leistung und Gegenleistung. Nachdem dieser Anschlag von seiten der Gehilfenchaft abgewiesen worden war, versuchte man es mit andern Mitteln. Man umging alle möglichen tariflichen Bestimmungen. Es wurde versucht, das Berechnen im Handhabe und an der Sehmachine durchzudrücken (zu ganz unannehmbaren Bedingungen), obwohl dieses bei den Tarifverhandlungen abgelehnt worden war, und skizantierte die Gehilfenchaft auf alle erdenkliche Weise. Alle diese Versuche scheiterten jedoch an dem einmütigen Widerstande der Gehilfenchaft, die sich — obwohl auch innerhalb derselben manche für die Organisation nicht gerade förderlichen Zwischigkeiten zutage traten — geschlossen gegen diese Anschläge der Prinzipalität wandte und auf der Durchführung der tariflichen Bestimmungen bestand.

Wie schon an dieser Stelle früher berichtet, war der 1913 abgelaufene Tarif wegen der anormalen Zustände nach den Kriegen nicht revidiert, sondern unter Erhöhung der Entlohnungstafeln auf ein Jahr (1914) verlängert worden. Auf der Generalversammlung wurde nun über die zu ergreifenden Schritte wegen Abschlußes eines neuen Tarifs eingehende Debatte gepflogen und Richtlinien festgelegt. Durch den aber inzwischen ausgebrochenen österreichisch-serbischen Krieg werden wohl diese Hoffnungen illusorisch, da man für die nächste Zukunft mit einem gänzlichen Darunterliegen des Gewerbes rechnen muß.

Allgemein wurde auf der Generalversammlung bittere Klage geführt über die familiären Zustände in den Druckereien und die manchmal eines Menschen unwürdige Behandlung des Personals. Die serbische Stupichtina nahm vor vier Jahren ein Arbeiterschutzgesetz an, welches aber infolge des Widerstandes der Arbeitgeber aller Branchen nur auf dem Papiere blieb. Das Gesetz verbietet Sonn- und Feiertagsarbeit, Nacharbeit für Frauen und Lehrlinge, regelt die Arbeitszeiten, schafft sanitäre Bestimmungen usw. Wie dieses Gesetz in der Praxis gehandhabt wird, darüber befehrt uns das Vereinsorgan. Es führt namentlich einige Belgrader Druckereien an, in denen in bezug auf Hygiene, Überstundenwesen, Sonntagsarbeit, Lehrlingszucht usw. das Unglaublichste geleistet wird. An erster Stelle findet man da — die serbische Staatsdruckerei! In einigen Arbeitsstätten lagert fingerdicker Staub, die Räumlichkeiten sind finster, ohne jede Ventilation, mit Menschen überfüllt, starrend vor Schmutz. Und von den Gewerkschaftspolitern fand sich noch keiner, der diesen faallichen „Musterbetrieb“ einer Revision unterzogen hätte. An zweiter Stelle steht die Druckerei der Gebrüder Sawitsch, die ohne Gehilfen mit zehn bis zwölf Lehrlingen (zwei bis dreizehnjährigen Kindern mit minimaler Schulbildung) und einigen „Seherinnen“ arbeitet. Den Vogel abgeschossen hat jedoch der „Kunststempel“ von Georg Muz, der ebenfalls mit einer Menge von Lehrlingen, vier Seherinnen und dann und wann einen unorganisierten Gehilfen die Kunst schändet. In diesem Betriebe herrscht im wahren Sinne des Wortes die Anulte. So kam es vor einiger Zeit zwischen dem Prinzipal Muz und einem Gehilfen zu Differenzen, in deren Verlauf der Herr Chef den Gehilfen mit einem Ochsenzemer braun und blau schlug, um ihn zu guter Letzt aufs Strahlenpflaster zu werfen. Seine Lehrlinge werden auch auf diese gefühvolle Weise ausgebildet. Im Kontor des Herrn Chefs befindet sich ein handfester Knüttel, an dem mit groben Leitern die für die Bestimmung des Prinzipals bezeichnende liebevolle Widmung angebracht ist: „Zur Ergänzung des Arbeiterbuches“. Des öfteren äußerte er mit einem Sinweis auf den „Arbeiterbuchknüttel“: „Das ist der beste Richter für Organisierte und Unorganisierte“. Trotz gesetzlichen Verbots werden Frauen und Mädchen Tag und Nacht beschäftigt. Sonn- und Feiertage sind etwas ganz Unbekanntes. Wie es da mit der Hygiene beschaffen ist, kann man sich aus diesem „Stimmungsbild“ leicht ausdenken. Die Klagen über die andern Betriebe sind auf den gleichen Ton gestimmt, wenn sie auch nicht ganz so arg wie bei Muz sind. Aus dieser kurzen Schilderung läßt sich leicht ersehen, mit welchen Schwierigkeiten die Organisation in Serbien zu kämpfen hat. Die Generalversammlung beauftragte den Vorstand, durch Vermittlung der Arbeitsschammer an das Arbeitsministerium das Eruchen um Kontrolle der Druckereien durch Gewerkschaftspolitoren zu richten.

Kollege Sorwatin stellte den Antrag, den Vorstand zu beauftragen, an das Handelsministerium die Bitte zu richten, denjenigen Kollegen, die geneigt wären, die Leipzig Buchgewerbeausstellung zu besuchen, einen Reisezuschuß zu gewähren, welcher Antrag auch Annahme fand, aber durch die gegenwärtige Gestaltung der politischen Verhältnisse Europas gegenstandslos geworden ist.

Die Einnahmen des Vereins belaufen sich in der Bezugszeit auf 7968 Kr., die Ausgaben auf 6213 Kr. Das Gesamtvermögen des Vereins beträgt 25 659 Kr. Um den gestelgerten Ansprüchen an die einzelnen Unterstützungs-zweige gerecht zu werden, wurde die Erhöhung des Vereinsbeitrags von 1,50 auf 2 Kr. einstimmig beschlossen.

Bei der Vorstandswahl wurden gewählt als Vorsitzender des serbischen Verbandes Kollege S. Scholowitsch, als Schriftföhrer M. Sawitsch, als festangestellter Kassierer und Verwalter D. Wikowitsch.

Auf einer Durchreise nach Sofia hatten die Belgrader Kollegen Gelegenheit, den Vorsitzenden der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Karl Legien, in ihrer Mitte begrüßen zu können und von ihm einen sehr lehrreichen Vortrag über die Anfänge und die Entwicklung des internationalen Gewerkschaftswesens anzuhören. Das Vereinsorgan bringt als Skizzen einen kurzgefaßten, aber erschöpfenden Extrait dieses Vortrages.

